

Schlüsselindustrien am Standort Deutschland und Europa. Wettbewerbsfähigkeit sichern, Investitionen und Innovationen stärken!

Nach einer über neunjährigen Phase der Hochkonjunktur, gekennzeichnet durch Wirtschaftswachstum, sprudelnde Steuereinnahmen und Rekordbeschäftigung, haben sich die Wachstumserwartungen für das Industrieland Deutschland seit der zweiten Hälfte 2018 deutlich abgekühlt. Umso wichtiger ist es, dass wir durch konsequentes wirtschaftspolitisches Handeln die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland sichern. Zukunftsthemen wie der Zusammenhalt Europas, die Stärkung des Außenhandels und globalen Wettbewerbs als Antwort auf den aufkeimenden Protektionismus, die Gestaltung der Digitalisierung, die Neuausrichtung der Energiewende, Erfordernisse der Verkehrsinfrastruktur von morgen, Reaktionen auf den demographischen Wandel und die Stärkung unserer Innovationskraft prägen die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Damit es gelingt, diese historischen Herausforderungen zu bewältigen, benötigen wir eine industriepolitische Gesamtstrategie, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und Europa weiter stärkt. Der Wirtschaftsrat fordert dazu klare ordnungspolitische Grundsätze im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und Augenmaß bei den staatlichen Eingriffen.

Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu freien und offenen Weltmärkten angewiesen. Zölle und Abgaben sollten daher insbesondere für Industrieprodukte weltweit gesenkt und abgeschafft werden. Damit alle Marktteilnehmer vergleichbare Rahmenbedingungen haben, muss der Erhalt einer regelbasierten Welthandelsordnung gesichert werden.

Innenpolitisch muss eine Industriestrategie vor allem die generellen Wettbewerbsbedingungen, Steuern und Abgaben sowie Kosten überbordender Bürokratie und für Energie in den Blick nehmen. Die industrielle Wertschöpfung ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Der Wirtschaftsrat setzt sich für die Erhöhung des Industrieanteils an der Bruttowertschöpfung bis 2025 auf 25 Prozent ein. Hierfür kommt es darauf an, Schlüsselindustrien zu stärken, die für die künftige Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft entscheidend sind.

1. Energiewirtschaft und die energieintensive Industrie

Der weltweite Klimaschutz und der Umbau des Energiesystems sind in Verbindung mit dem Erhalt unserer industriellen Basis eine enorme Herausforderung, die zugleich große Chancen eröffnet. Der Wirtschaftsrat ist überzeugt: Wir müssen jetzt die Weichen für das Energiesystem von morgen stellen und die Energiewende in eine industriepolitische Gesamtstrategie für Wachstum und Innovationen einbetten.

Wir brauchen dabei einen offenen Binnenmarkt für Energie in Europa und ein marktwirtschaftliches, mindestens europäisches Preissignal für CO₂ in allen Sektoren, vorgegeben durch den reformierten Europäischen Emissionshandel (ETS). Überzogene staatliche Eingriffe lehnen wir ab. Stattdessen gilt es, einen stabilen grenzüberschreitenden Marktrahmen zu setzen, damit sich die besten und effizientesten Lösungen durchsetzen und breite Innovationsprozesse zur Digitalisierung von Energie und der Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität ausgelöst werden. Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sollten dabei gleichrangig zu nachhaltigem Klimaschutz behandelt werden und setzen Technologieoffenheit voraus.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Eine wettbewerbsbasierte, digitale und technologieoffene Kopplung der Sektoren Strom, Mobilität und Gebäude, um die Energiewende in die Breite zu tragen
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie (z.B. Metall-, Nichteisenmetall- und Chemieindustrie) durch faire Strompreise und Innovationen
- Stärkung und Ausweitung des Europäischen Emissionshandels (ETS) auf weitere Wirtschaftsräume (NAFTA, ASEAN) und Sektoren sowie die Etablierung eines internationalen CO₂-Preissignals
- Marktintegration der Erneuerbaren durch technologieoffene europäische Ausschreibungen und neue Vermarktungsmodelle
- Beschleunigung des Netzausbaus auf allen Spannungsebenen und eine konsequente Synchronisierung von Erneuerbaren- und Netzausbau
- Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten von Effizienzmaßnahmen sowie die Steigerung der Flexibilität des Energiesystems durch die digitale Verfügbarkeit von energiebezogenen Daten.

2. Automobilindustrie

Die deutsche Automobilindustrie liegt bei der Herstellung hochwertiger Fahrzeuge und der Entwicklung innovativer Technologien weit vorn. Allein in der Pkw-Oberklasse werden rund 80 Prozent der weltweit verkauften Autos von deutschen Unternehmen produziert. Die Innovationskraft der Automobilindustrie ist für den Erhalt etablierter Wertschöpfungsketten und die Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung am Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland von entscheidender Bedeutung. Um die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationspotenzial mit der Erreichung der internationalen Klimaschutzziele in Einklang zu bringen, gilt es nun, Rahmenbedingungen auf den Weg zu bringen, die breite Innovationsprozesse auslösen und die Energiewende kosteneffizient und technologieoffen in den Automobilsektor tragen.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Diskriminierungen von Antriebstechnologien bei der Erfüllung der CO₂-Emissionsreduktionsvorgaben abbauen, technologieoffene Möglichkeiten zur Anrechnung von Emissionsminderungen gesetzlich verankern
- Auf- und Ausbau der Energieinfrastruktur für das Ausrollen neuer Antriebstechnologien verstetigen und vorantreiben
- Etablierung eines wirksamen, marktwirtschaftlichen und grenzüberschreitenden CO₂-Preissignals statt überzogen detaillierter staatlicher Reduktionspfade für CO₂-Emissionen für den Verkehrssektor
- Konsequente und effiziente Umsetzung der bestehenden Strategien zu Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, um Potenziale im autonomen Fahren wirksam zu realisieren.

3. Künstliche Intelligenz und Digitalwirtschaft

Dass die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche unsere Art des Wirtschaftens und des Zusammenlebens fundamental verändert, Abläufe beschleunigen und Kosten reduzieren wird, ist eine Binsenweisheit. Angesichts der internationalen Konkurrenz gilt es jedoch, einerseits nicht den Anschluss an technologische Entwicklungen und Marktführerschaften zu verlieren, andererseits eigene rechtliche, sozialetische und politische Standards zu setzen.

Die Künstliche Intelligenz-Technologie ebenso wie die Blockchain-Technologien sind zwei Gamechanger, die über Wachstum und Wohlstand in der Zukunft entscheiden werden. Weder die strukturellen Rahmenbedingungen (fehlende digitale Infrastruktur) noch das politische Mindset (Datenschutz) sind derzeit dazu geeignet, Innovationen anzutreiben. Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist am Prinzip der Datensparsamkeit orientiert. Das steht im Widerspruch mit neuen, innovativen Einsätzen von „Big Data“. Daten sind allerdings Grundvoraussetzung für selbstlernende Systeme, die wir im Bereich der Robotics, Industrie 4.0 und weiteren innovativen Geschäftsmodellen dringend benötigen.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Für Erleichterungen im Datenrecht sorgen: Evaluierung der Datenschutzgrundverordnung und Memorandum für die ePrivacy-Verordnung verhängen
- Eine Mittelstandsklausel im Rahmen der Anpassungsgesetze zum Bundesdatenschutzgesetz mit Ausnahmen für Startups, Vereine und Unternehmen mit weniger als 200 Mitarbeitern, um die missbräuchliche Praxis der Abmahnvereine einzubremsen
- Datenkooperationen ermöglichen und sichere Datenräume schaffen: Datennutzungsmodell für Legacy Datensammlungen entwickeln
- Forschungsstandort Deutschland stärken: Mindestens sechs Kompetenzzentren im Bereich der KI etablieren

- Ausbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen: Rechtsunsicherheiten beim 5G-Rollout beseitigen und auf Maximalerlöse bei der Auktion verzichten
- Steuerliche Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital vor allem in der Wachstumsphase in Startups setzen: Steuerliche Geltendmachung von Verlusten bei Wagniskapital-Investitionen für Private ermöglichen
- Kohärente Sicherheitsarchitektur für dezentrale Cybersicherheitsinitiativen auf den Weg bringen: einen konkreten Rahmen und Orchestrierung mit der Definition von Aufgaben und Nutzen für alle Beteiligten schaffen.
- IT-Sicherheitsgesetz weiterentwickeln: Ausweitung der Betroffenheitskriterien von KRITIS-Sektoren und Meldepflichten intensivieren.

4. Raum- und Luftfahrttechnik

Europa hat schon mehrfach gezeigt, dass es durch enge Kooperation über nationale Grenzen hinweg erfolgreiche Programme starten kann. In der Luftfahrt standen weitsichtige Politiker an der Wiege des zivilen Airbus-Programmes, das inzwischen seit mehreren Jahrzehnten auf Augenhöhe mit seinem US-Wettbewerber fliegen kann. Die Raumfahrtindustrie steht an der Spitze der Technologie- und Innovationspyramide und muss deshalb in den nationalen und europapolitischen Überlegungen in ihrer Breite berücksichtigt werden.

Die Raumfahrt kann zu allen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, mit denen sich Europa derzeit konfrontiert sieht - Klimawandel, die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik, Migration, Digitalisierung und Zugang zu Medien - passende Werkzeuge liefern. Vom Systemintegrator bis zu den KMUs ist die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie in allen Feldern der Raumfahrt, vom Zugang zum All mit der Ariane-Rakete über wichtige europäische Infrastrukturprogramme wie Galileo und Copernicus bis hin zur Exploration des Weltalls, sowohl astronautisch als auch robotisch, mit wichtigen Arbeitsanteilen vertreten und kann sich auch im internationalen Wettbewerb behaupten. Luft- und Raumfahrt sind nicht zuletzt strategische Fähigkeiten, deren Erhalt für die geopolitische Positionierung Europas auch zukünftig noch an Bedeutung gewinnen wird.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie kann nur über den traditionell starken institutionellen Absatzmarkt gewährleistet werden.
- Staatliche Raumfahrtanwendungen sind dabei weiterhin Innovations-treiber und stehen einer Kommerzialisierung der Raumfahrt nicht im Weg. Vielmehr müssen die europäischen Regierungen der Industrie zur Seite stehen, um dem wachsenden Druck neuer Akteure, vor allem aus den USA und China, entgegenzustehen.
- Angesichts der steigenden Anzahl privater Akteure ist ein wichtiges Feld der Schutz der vorhandenen Raumfahrtinfrastruktur. Die Absicherung

des Weltalls, das Aufspüren von Weltraumschrott, das Detektieren von Himmelskörpern (Asteroiden, Near Earth Objects) und dadurch auch der Schutz der Erde (Space Situational Awareness, SSA) sind eines der wichtigsten Zukunftsthemen, die prädestiniert dafür sind, von einem deutsch-französischen Motor in Europa angestoßen zu werden. Dies umfasst auch die gemeinsamen Anstrengungen beider Länder im Bereich der Künstlichen Intelligenz, die sich mit den Anforderungen von SSA ergänzen.

5. Rüstungsindustrie

Die Produktion hochwertiger Güter und Anlagen ist eine traditionelle Domäne unseres Landes und Rückgrat unseres Wohlstandes. In vielen Ländern wird Rüstungspolitik vor dem Hintergrund eigener außen- und sicherheitspolitischer sowie wirtschaftlicher Interessen unter staatlicher Führung und Hoheit betrieben. Die Verteidigungsindustrie in Deutschland ist privatwirtschaftlich organisiert. Ihre Triebfeder ist harter Wettbewerb. Das macht sie stark und leistungsfähig, allerdings ist sie hierbei auf verlässliche politische Rahmenbedingungen angewiesen.

Sicherheit „Made in Germany“ bedeutet für viele strategische Partner der Bundesrepublik Deutschland noch immer ein Höchstmaß an Qualität und Zuverlässigkeit. Davon profitiert natürlich auch die Bundeswehr. Die Qualität der Ausrüstung hängt dabei immer von den technologischen Kompetenzen der Industrie ab: Neben Großkonzernen leistet insbesondere der innovative deutsche Mittelstand einen wesentlichen Beitrag für den hohen Standard der deutschen Verteidigungsindustrie. Deren Innovationskraft als Lieferant ist für Spitzenleistungen bei der Entwicklung von Gesamtsystemen unverzichtbar.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Verteidigungsindustrielle Forschungsprogramme und wettbewerbliche Rahmenbedingungen müssen weiter ausgebaut und verbessert werden. Nur so ist auch zukünftig die Systemfähigkeit der deutschen Industrie über alle Stufen der Wertschöpfungskette hinweg zu gewährleisten.
- Die Definition der notwendigen technologischen Schlüsselkompetenzen darf im Ergebnis nicht so eng ausgestaltet sein, dass die Systemfähigkeit nicht mehr gewährleistet werden kann. Zudem sind nationale Schlüsseltechnologien auch anhand ihrer „Einsatzwahrscheinlichkeit“ sowie der Möglichkeit zur geforderten kurzfristigen „Vergrößerungsfähigkeit“ im Krisenfall zu definieren.
- Nur mit einer nachhaltigen Finanzplanung über Legislaturperioden hinaus lässt sich die industrielle Basis vor allem im Bereich der Schlüsseltechnologien für die dauerhafte Einsatzfähigkeit der Bundeswehr auf hohem Niveau sichern. Ziel muss sein, dass Deutschland bei Beschaffungen nicht in die zweite oder dritte Reihe rutscht, weil es Systeme und Ausrüstungen vorwiegend im Ausland bestellt.

- Durch koordinierte Abstimmung und gemeinsame Entwicklung von Technologien und Fähigkeiten in Europa könnten die ökonomische Effizienz gesteigert und gleichzeitig die militärische Effektivität erhöht werden. Europäische Champions als Teil einer leistungsfähigen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie würden dazu beitragen, wesentliche Fähigkeiten in Europa zu erhalten sowie die Einsatzfähigkeit und Interoperabilität der europäischen Streitkräfte dauerhaft sicherzustellen. Zentraler Bestandteil dieses europäischen Weges sind schließlich klare politische Rahmenbedingungen.
- Die deutsche Exportgenehmigungspolitik muss wieder berechenbarer werden, denn sie steht auch dem erklärten politischen Willen nach einer stärkeren europäischen verteidigungsindustriellen Zusammenarbeit entgegen. Es muss verhindert werden, dass aus „Made in Germany“ das Label „German Free“ wird, um Deutschlands Handlungsspielraum als aktiver europäischer Partner zu erhalten. Die deutsche Exportpolitik muss sich auf diesem Wege noch stärker europäisieren.
- Die Ausgestaltung des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) und sein Industrieprogramm (EDIP) sollten auf Basis klarer marktwirtschaftlicher Prinzipien und in klarer Abgrenzung zu einem integrativen Ansatz erfolgen.

6. Bauindustrie

Baupolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik und Zukunftsvorsorge. Denn das gebaute Volksvermögen an Gebäuden und Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Wasser, Energie, Digitales muss erhalten und rechtzeitig und nachhaltig an künftige Bedarfe angepasst werden. Zugleich gehört die deutsche Bauwirtschaft als Beschäftigungsmotor mit ihren technischen Fähigkeiten und ihrem Logistik-Know-how zur Weltspitze. Diesen Vorsprung gilt es zu sichern.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Fortführung der Infrastrukturinvestitionen auf hohem Niveau
- Etablierung einer übergeordneten Bedarfsplanung für die Verkehrsinfrastruktur über den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) hinaus, mit Projektprioritäten auf Basis eines Netzzustands- und Leistungsberichtes, der abbildet, wo der Bedarf am dringendsten ist und wo Investitionen den höchsten verkehrlichen wie ökologischen Nutzen erzielen
- Sicherstellung der überjährigen Verfügbarkeit der Haushaltsmittel des Bundes in einem mehrjährigen Verkehrsbudget (Vorschlag: eine Legislatur) für mehr Planungssicherheit und einen effektiveren Mitteleinsatz
- Aufhebung der Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln zur Eindämmung des Substanzverzehr, Erhaltungsmittel können so nicht mehr für Neubauprojekte umgewidmet werden
- Erhalt und Weiterentwicklung von Public Private Partnership-Modellen zur Verbreiterung der Finanzierungsbasis von Infrastrukturinvestitionen

- Einschränkung des Verbandsklagerechts zur Beendigung seines Missbrauchs als ideologiegeleitetes, politisches Blockadeinstrument
- Planungsbeschleunigung durch Beseitigung länderspezifischer Sonderregelungen bei der Planfeststellung von Infrastrukturvorhaben in der Trägerschaft der Bundesländer
- Herstellung einer ausreichenden personellen Ausstattung der Planungsbehörden
- Verpflichtender Einsatz von Building Information Modeling (BIM) mit seinen 3D-Visualisierungs-, Simulations- und Kollaborationsfunktionen als Zeit- und Kostenwächter bei allen öffentlichen Infrastrukturprojekten ab einem Bauvolumen von 100 Millionen EUR
- Umsetzung der Vorschläge aus der Baukostensenkungskommission zur Intensivierung und Anreizung des Wohnungsbaus, wie zum Beispiel Baulandmobilisierung, Senkung der Grunderwerbsteuer, Einfrieren der energetischen Anforderungen an den Neubau
- Erhalt etablierter Wertschöpfungsketten durch Sicherung von Zugängen zu Baurohstoffvorkommen sowie effizientere Umsetzung von Genehmigungsverfahren für die Baurohstoffgewinnung.

7. Ernährungsindustrie

Die Ernährungsindustrie zählt zu den verlässlichen Motoren der deutschen Volkswirtschaft. Mit fast 600.000 Beschäftigten ist die Branche ein Schwergewicht. Die deutsche Lebensmittelwirtschaft steht für hohe Standards und einwandfreie Qualität – von den Rohstoffen über die Produktion bis hin zur Verpackung. Dafür wird in den über 6.000 Betrieben, die ebenfalls gerade im ländlichen Raum häufig einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor bilden und mit ihren Erzeugnissen vielfach auch für ein Stück Heimat stehen, Sorge getragen. Vor allem aber erfüllt der Wirtschaftszweig ein Grundbedürfnis der Menschen: die Versorgung mit hochwertigen und sicheren Lebensmitteln zu angemessenen Preisen. Angesichts einer weltweit steigenden Nachfrage nach Agrarprodukten ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung für die Ernährungsindustrie wichtiger denn je.

Die zugleich stark mittelständisch geprägte Branche ist insofern in besonderer Weise auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Deshalb gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu fördern, unnötige Bürokratie und Überregulierung zu vermeiden und ideologische Diskreditierungen von Erzeugnissen zu verhindern. Denn wer die Lebensmittelindustrie hierzulande stärkt, stärkt die Binnennachfrage, fördert Städte und Gemeinden und sorgt für Beschäftigung und Wohlstand.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Nachbesserungen beim Entgelttransparenzgesetz, da die suggerierte Vergleichbarkeit nicht gegeben ist und das Gesetz zudem enormen bürokratischen Aufwand erzeugt

- Minimierung der Berichtspflichten beim Mindestlohn, Erleichterungen helfen Arbeitnehmern wie Unternehmen, ohne dass sie die Umsetzung des Mindestlohns gefährden
- Verzicht auf ein starres Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit, hier sind wie bislang partnerschaftliche Lösungen in den Unternehmen statt rigider Vorgaben gefragt
- Beibehalten des Mindesthaltbarkeitsdatums besonders für frische und kühlpflichtige Produkte statt Einführung neuer Kennzeichnungen sowie Fortführung der Verbrauchersensibilisierung
- Orientierung der Verbraucherpolitik am Leitbild des mündigen Verbrauchers, Verzicht auf dirigistisches „Nudging“ (durch z. B. Lebensmittelampeln), Erhalt der Wahlfreiheit des Verbrauchers, Verzicht auf staatliche Rezepturvorgaben bei Zucker, Salz oder Fett
- Vermeidung der Diskreditierung einzelner Lebensmittelbestandteile (z. B. Totalverzicht auf Gluten ohne medizinische Notwendigkeit), Sicherung der ernährungsphysiologischen Wertigkeit von Lebensmitteln
- Förderung von wissenschaftlicher und objektiver Verbraucheraufklärung statt überbordender und in der Folge irreführender Label-Flut.

8. Logistik

Für den Industriestandort wie die Exportnation Deutschland ist Mobilität einer der zentralen Standortfaktoren. Sie ist entscheidend für das wirtschaftliche Ökosystem und die Prosperität in den Regionen. Denn ohne funktionierende Logistik ist unsere Wohlstandsgesellschaft, sind Industrieproduktion und Handel und damit die Steuereinnahmen und Sozialabgaben zur Finanzierung unseres Sozialstaates nicht denkbar.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Garantie von Technologieoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit statt staatlicher Intervention und Subvention bei der Entwicklung und Etablierung sowohl effizienter Logistikkonzepte als auch klimaschonender Antriebstechnologien
- Verzicht auf Verkehrsbehinderung, stattdessen Optimierung der Verkehrssteuerung, zum Beispiel durch besseres Baustellenmanagement und „grüne Wellen“
- Berücksichtigung der infrastrukturellen Voraussetzungen von Mobilität 4.0 im Bundesverkehrswegeplan
- Beseitigung widersprüchlicher Kostentreiber und Hürden bei umweltfreundlichen Verkehrsträgern, zum Beispiel Begrenzung der EEG-Umlage für den Schienenverkehr und die Landstromversorgung von Schiffen
- Stärkung der Schiene durch konsequente Trennung von Netz und Betrieb für mehr Wettbewerb und bessere Angebote, daneben zweigleisiger

Ausbau von bisher eingleisigen Strecken, Ertüchtigung des Schienennetzes für 740-Meter-Güterzüge sowie systematischerer Angang des europäischen Leit- und Sicherungssystems ETCS, unter anderem durch Synchronisierung und Optimierung der nationalen Migrationspläne

- Definition der Luftverkehrspolitik als Bundesangelegenheit sowie Festbeschreibung fairen Marktverhaltens im Rahmen bilateraler Verkehrsrechte-Verhandlungen, Etablierung einer effizienten, grenzüberschreitenden Luftraumüberwachung in der EU (Single European Sky) und Beseitigung nationaler wettbewerbsverzerrender Sonderlasten für die deutsche Luftverkehrswirtschaft, etwa durch die nationale Luftverkehrsteuer
- Koordinierung der Hafenpolitik zwischen Bund und Ländern, Ausbau der seewärtigen Zufahrten zu den deutschen Seehäfen sowie Engpassbeseitigung der Seehafenhinterlandanbindung mit Berücksichtigung der Hubfunktionen der Binnenhäfen im Landesinneren.

9. Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist einer der größten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die Branche zeichnet sich durch eine konjunkturunabhängige Nachfrage aus, und auch die Zahl der Beschäftigten mit ca. 5,5 Millionen ist enorm. Durch ein leistungsfähiges Gesundheitswesen mit guter medizinischer Versorgung werden zudem Erwerbsfähigkeit und Produktivität der Beschäftigten erhalten, was sich ebenfalls positiv auf die Wirtschaft auswirkt.

Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Mit einer steuerlichen Forschungsförderung als Ergänzung zur bisherigen Projektförderung kann der Standort Deutschland auch für forschungsintensive mittelständische Unternehmen aus dem Gesundheitssektor attraktiv gehalten werden.
- Die Medizintechnik braucht bei allem Qualitätsbewusstsein pragmatische Regelungen für das Inverkehrbringen medizintechnischer Produkte und Diagnostika: Dokumentations- und Meldepflichten müssen begrenzt werden und die überlangen Zulassungsprozesse müssen verkürzt werden.
- Das duale Krankenversicherungssystem und damit der Systemwettbewerb sollen erhalten und gestärkt werden, um Kosteneffizienz, hohe Qualität der medizinischen Versorgung und Innovationsdurchdringung im deutschen Gesundheitswesen zu gewährleisten.
- Alle Akteure im Gesundheitswesen und Nutzung der Potenziale der Telemedizin müssen vorangetrieben werden.
- Die Krankenhausplanung gilt es an den Grundpfeilern Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung sowie leistungsgerechte und planbare Aufstellung der Krankenhausfinanzierung zu orientieren.